

Universität Leipzig  
Juristenfakultät

# **Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig**

Vom 16. Oktober 2012

Entsprechend den Vorgaben des Deutschen Richtergesetzes vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), und auf Grundlage des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHSG) vom 10. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 900), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 400), sowie des Gesetzes über die Juristenausbildung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Juristenausbildungsgesetz – SächsJAG) vom 27. Juni 1991 (SächsGVBl. S. 224), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2006 (SächsGVBl. S. 57), und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen des Freistaates Sachsen (SächsJAPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 2006 (SächsGVBl. S. 105), geändert durch die 3. Änderungsverordnung vom 24. November 2008 (SächsGVBl. S. 943), hat die Universität Leipzig am 27. Oktober 2011 folgende Prüfungsordnung erlassen.

## **Inhalt:**

### **I. Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Studiendauer
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Prüfende
- § 5 Bewertung der Prüfungsleistungen und Einsichtnahme
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Durchführung der Klausuren
- § 8 Versäumnis, Rücktritt und Nachteilsausgleich
- § 9 Unlauteres Prüfungsverhalten

## **II. Besondere Bestimmungen für die Zwischenprüfung**

- § 10 Zweck der Zwischenprüfung
- § 11 Zulassungsvoraussetzungen und Fristen
- § 12 Durchführung der Zwischenprüfung
- § 13 Zwischenprüfungsfächer und Zwischenprüfungsleistungen
- § 14 Wiederholung der Zwischenprüfung
- § 15 Anerkennung auswärtiger Zeugnisse und Leistungen
- § 16 Zeugnis über die Zwischenprüfung
- § 17 Rechtsbehelf bei Nichtbestehen

## **III. Besondere Bestimmungen für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung**

- § 18 Wahl des Schwerpunktereich für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung
- § 19 Zweck und Form der universitären Schwerpunktbereichsprüfung
- § 20 Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung
- § 21 Prüfungsvorleistungen
- § 22 Wissenschaftliche Studienarbeit
- § 23 Schwerpunktbereichsklausur
- § 24 Gesamtnote und Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung
- § 25 Wiederholung von nicht bestandenen Prüfungsleistungen
- § 26 Freiversuch und Wiederholung zur Notenverbesserung
- § 27 Zeugnis über die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung
- § 28 Rechtsbehelf bei Nichtbestehen

## **IV. Schlussbestimmungen**

- § 29 Übergangsregelungen und Vertrauensschutz für Studierende
- § 30 Inkrafttreten und Veröffentlichung

# **I. Allgemeine Bestimmungen**

## **§ 1 Geltungsbereich**

Die vorliegende Prüfungsordnung regelt die Ausgestaltung und Durchführung der Zwischenprüfung und der universitären Schwerpunktbereichsprüfung an der Juristenfakultät der Universität Leipzig im Studiengang Rechtswissenschaft.

## **§ 2**

### **Studiendauer**

- (1) Die Studiendauer beträgt acht Fachsemester; diese Dauer kann unterschritten werden, sofern die jeweils für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung und zur staatlichen Pflichtfachprüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen sind. Das Nähere regelt § 16 SächsJAPO.
- (2) Die Regelstudienzeit beträgt neun Fachsemester.
- (3) Die Dauer der dem Studium dienenden praktischen Studienzeiten beträgt drei Monate (90 Tage).
- (4) Die Höchstdauer der zum Bestehen der Zwischenprüfung erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 48 Semesterwochenstunden.
- (5) Die Höchstdauer der zum Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 16 Semesterwochenstunden.
- (6) Im Übrigen ergeben sich der Studien- und Prüfungsaufbau sowie der Höchstumfang der insgesamt erforderlichen Lehrveranstaltungen in den einzelnen Studienabschnitten aus der auf der Grundlage dieser Ordnung erlassenen Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 16. Mai 2012.

## **§ 3**

### **Begriffsbestimmungen**

Prüfungsleistungen im Sinne dieser Ordnung sind alle schriftlichen (Klausuren, Seminararbeiten) oder mündlichen Leistungen (Vorträge gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2), die von Studierenden zur Teilnahme an der Zwischenprüfung (§ 13 Abs. 1) oder an der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 19) erbracht werden. Die durch die Prüfungsleistungen gestellten Anforderungen ergeben sich aus den besonderen Bestimmungen für die Zwischenprüfung (§ 13 Abs. 1 und 2) und für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung (§§ 18 und 19 sowie §§ 22 bis 26).

## **§ 4**

### **Prüfende**

- (1) Prüfende der studienbegleitenden Zwischenprüfung sind jeweils diejenigen Hochschullehrer/innen, Privatdozentinnen/Privatdozenten und außerplanmäßigen Professorinnen/Professoren, welche die Lehrveranstaltung durchführen, in deren Rahmen die Zwischenprüfungsleistungen zu erbringen sind, sowie im Fall von § 13 Abs. 3 die von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmten Personen, sofern sie auf dem zu prüfenden Gebiet zur selbstständigen Lehre befugt sind; soweit ein Bedürfnis besteht kann auch zur/zum Prüfenden bestimmt werden, wer die Befugnis zur selbstständigen Lehre nur auf einem Teilgebiet des Prüfungsfaches besitzt. Entsprechend dem Zweck und der Eigenart der Hochschulprüfung können auch Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen zu Prüfenden bestellt werden.
- (2) Prüfende der universitären Schwerpunktbereichsprüfung sind alle Hochschullehrer/innen der Fakultät und weitere, durch den Prüfungsausschuss zu Prüfenden bestellte Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium (§ 6 Abs. 2 Nummer 3 Buchstabe a), die die Voraussetzungen des § 35 Abs. 6 Satz 1 und 2 SächsHSG erfüllen.

## **§ 5**

### **Bewertung der Prüfungsleistungen und Einsichtnahme**

- (1) Die Bewertungen der Prüfungsleistungen erfolgen durch die gemäß § 4 dieser Ordnung zuständigen Prüfenden. Grundlage der Bewertung ist die Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die Erste und Zweite Juristische Prüfung vom 3. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1243) in ihrer jeweils geltenden Fassung. Die Bewertung von Prüfungsleistungen hat innerhalb von drei Monaten nach Ablegen der jeweiligen Prüfungsleistung zu erfolgen.
- (2) Die erfolgreiche Teilnahme an einer Prüfungsleistung erfordert deren Bewertung mit mindestens "ausreichend (4 Punkte)".
- (3) Der/Dem Studierenden ist auf ihren/seinen Antrag, der innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Prüfungsverfahrens beim Prüfungsausschuss zu stellen ist, in angemessener Frist die Einsichtnahme in ihre/seine Prüfungsarbeiten einschließlich der Gutachten der Prüfenden

zu gestatten. Die Einsichtnahme erfolgt in einem dafür vom Prüfungsausschuss zur Verfügung gestellten Raum.

## **§ 6**

### **Prüfungsausschuss**

- (1) An der Juristenfakultät wird ein vom Fakultätsrat zu wählender Prüfungsausschuss eingerichtet. Ihm gehören drei Hochschullehrer/innen der Fakultät, ein Mitglied des akademischen Mittelbaus und ein studentisches Mitglied an. Die Amtszeit der Hochschullehrer/innen beträgt in der Regel drei Jahre, die Amtszeit der übrigen Mitglieder ein Jahr. Das studentische Mitglied wird im Einvernehmen mit dem Fachschaftsrat der Fachschaft Jura an der Juristenfakultät bestellt. Der Prüfungsausschuss bestimmt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und deren/dessen Stellvertreter/in; diese müssen die Befähigung zum Richteramt haben.
- (2) Der Prüfungsausschuss überwacht rechtlich die Prüfungsverfahren und entscheidet insbesondere
  1. in allen Prüfungsverfahren
    - a.) über Rechtsbehelfe gegen den Ausschluss von einer Prüfungsklausur (§ 7 Abs. 4);
    - b.) über das Vorliegen eines triftigen Grundes in den Fällen von Versäumnis und Rücktritt (§ 8);
    - c.) über die Rechtsfolge in Fällen unlauteren Prüfungsverhaltens (§ 9);
    - d.) im Einvernehmen mit den jeweiligen Prüfenden über die Zulassung von Hilfsmitteln für Prüfungen in Form von Bekanntmachungen;
  2. im Verfahren der Zwischenprüfung
    - a.) über die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung im Fall des § 14 Abs. 1 Satz 3;
    - b.) über die Zulässigkeit und Begründetheit von Widersprüchen gegen die Feststellung des Nichtbestehens der Zwischenprüfung;

### 3. im Verfahren der universitären Schwerpunktbereichsprüfung

- a.) über die Bestellung der Prüfenden (§ 4 Abs. 2) und deren Einteilung, einschließlich der Einteilung als Vorsitzende/r (§ 24 Abs. 4 Satz 1);
- b.) über die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 20 Abs. 1);
- c.) über die Gleichwertigkeit eines Leistungsnachweises gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 5;
- d.) über die Gleichwertigkeit besuchter Lehrveranstaltungen gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7;
- e.) über die Gleichwertigkeit einer im Rahmen einer ergänzenden Übung in einem Schwerpunktbereich erbrachten wissenschaftlichen Leistung mit einer erfolgreichen Seminarteilnahme im Hinblick auf die Zulassung zur Prüfung (§ 20 Abs. 3 Satz 2);
- f.) über die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung im Fall des § 26 Abs. 1 Satz 2 bis 4;
- g.) über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Überschreitung der Jahresfrist zur Wiederholung von Prüfungsleistungen (§ 26 Abs. 2);
- h.) über die Zulässigkeit und Begründetheit von Widersprüchen bei endgültigem Nichtbestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 28);
- i.) über das endgültige Nichtbestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung.

In dringenden Fällen können die dem Prüfungsausschuss zugewiesenen Entscheidungen in Form einer Eilentscheidung durch die/den Vorsitzende/n des Prüfungsausschusses getroffen werden.

#### (3) Die/Der Vorsitzende führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses. Darüber hinaus entscheidet sie/er

1. über die Bestimmung der die Zweitkorrektur vornehmenden Person für Zwischenprüfungsleistungen (§ 13 Abs. 3 Satz 1);
2. über die Anerkennung des Bestehens auswärtiger Zwischenprüfungen, Leistungen und Zeugnisse (§ 15);
3. über das endgültige Nichtbestehen der Zwischenprüfung; sie/er ist dabei an die Bewertung der Prüfungsleistungen gemäß § 13 Abs. 3 Satz 5 und 6 gebunden.

Der/Dem Vorsitzenden können vom Prüfungsausschuss weitere Aufgaben übertragen werden.

- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sind zur Verschwiegenheit bezüglich aller Vorgänge verpflichtet, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallen.

## **§ 7**

### **Durchführung der Klausuren**

- (1) Ist eine Prüfungsleistung als Klausur zu erbringen, so gelten folgende Prüfungsbedingungen:
1. Die Studierenden haben sich durch einen Ausweis mit Lichtbild auszuweisen.
  2. Es dürfen nur die zugelassenen Hilfsmittel verwendet werden.
  3. Auf der Klausur ist die Matrikelnummer anzugeben.
- (2) Die Prüfenden bestellen Aufsichtsführende, welche die Einhaltung der Prüfungsbedingungen überwachen. Die Aufsichtsführenden fertigen eine Niederschrift an, in der alle besonderen Vorkommnisse vermerkt werden.
- (3) Verstoßen Studierende gegen die sachdienlichen Anweisungen der Aufsichtsführenden oder stören sie durch ihr Verhalten andere Teilnehmende an der Klausur, so können sie durch die/den zuständige/n Aufsichtsführende/n von der weiteren Teilnahme an der Klausur ausgeschlossen werden, wenn sie ihr Verhalten trotz Abmahnung nicht einstellen. In diesem Fall ist ihre Klausur mit "ungenügend (0 Punkte)" zu bewerten. Die Entscheidung darüber trifft die/der Prüfende.
- (4) Gegen den Ausschluss von einer Klausur kann binnen einer Notfrist von einer Woche der Prüfungsausschuss angerufen werden. Die Anrufung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Bestätigt der Prüfungsausschuss die Ausschlussentscheidung nicht, ist der/dem Studierenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Wird der Ausschluss durch den Prüfungsausschuss bestätigt, so ist dies der/dem Studierenden unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit Entscheidungsgründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## **§ 8**

### **Versäumnis, Rücktritt und Nachteilsausgleich**

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "ungenügend (0 Punkte)" bewertet, wenn die/der zu Prüfende einen für sie/ihn bindenden Prüfungstermin

ohne triftigen Grund versäumt oder wenn sie/er von einer Prüfung ohne triftigen Grund zurücktritt. Die Entscheidung über das Vorliegen eines triftigen Grundes trifft der Prüfungsausschuss.

- (2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss unverzüglich gegenüber dem Prüfungsausschuss schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Im Falle einer Krankheit erfolgt die Glaubhaftmachung in der Regel durch ein ärztliches Attest, das in der Regel nicht später als am Prüfungstag ausgestellt sein darf. In begründeten Zweifelsfällen kann auf Verlangen des Prüfungsausschusses die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Im Übrigen gilt § 7 Abs. 2 Satz 2 bis 4 SächsJAPO mit der Maßgabe entsprechend, dass anstelle des Landesjustizprüfungsamts der Prüfungsausschuss tritt.
- (3) Macht die/der Studierende glaubhaft, dass sie/er wegen einer Behinderung oder wegen einer chronischen Krankheit nicht nur vorübergehend nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Bearbeitungszeit oder unter Einhaltung sonstiger Prüfungsmodalitäten zu erbringen, so gewährt ihr/ihm der Prüfungsausschuss auf ihren/seinen Antrag einen angemessenen Nachteilsausgleich. Dieser kann auch vorsehen, die geforderte Prüfungsleistung in anderer als der vorgeschriebenen Form zu erbringen, sofern die Leistung gleichwertig ist. Die Glaubhaftmachung erfolgt im Regelfall durch Vorlage eines ärztlichen, in Zweifelsfällen auf Verlangen des Prüfungsausschusses durch Vorlage eines amtsärztlichen Attestes.

## **§ 9**

### **Unlauteres Prüfungsverhalten**

Für die Rechtsfolgen unlauteren Verhaltens im Prüfungsverfahren gilt § 12 SächsJAPO entsprechend. Die Entscheidung über die Rechtsfolge im Fall unlauteren Verhaltens trifft der Prüfungsausschuss.

## **II. Besondere Bestimmungen für die Zwischenprüfung**

### **§ 10**

#### **Zweck der Zwischenprüfung**

Die Zwischenprüfung dient der Feststellung der fachlichen Eignung der Studierenden für die weitere juristische Ausbildung.



## **§ 11**

### **Zulassungsvoraussetzungen und Fristen**

- (1) Zur Zwischenprüfung sind nur Studierende zugelassen, die für das rechtswissenschaftliche Studium an der Juristenfakultät der Universität Leipzig immatrikuliert sind.
- (2) Studierende, die nach Maßgabe des Landesrechts den Anspruch auf Ablegung der Zwischenprüfung an einer anderen Universität im Geltungsbereich des Deutschen Richtergesetzes verloren haben, werden zur Zwischenprüfung nicht zugelassen.
- (3) Die Zwischenprüfung ist spätestens bis zum Beginn des fünften Semesters abzulegen.

## **§ 12**

### **Durchführung der Zwischenprüfung**

Die Zwischenprüfung wird grundsätzlich im Rahmen der Übungen für Anfangende (§ 16 der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 16. Mai 2012 durchgeführt. Die Durchführung schließt die Bekanntgabe der Termine für die Erbringung der Zwischenprüfungsleistungen (§ 13 Abs. 1 Satz 2) und der Bewertung dieser Leistungen ein.

## **§ 13**

### **Zwischenprüfungsfächer und Zwischenprüfungsleistungen**

- (1) Die Zwischenprüfung ist in den Fächern Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht und Strafrecht abzulegen. Zwischenprüfungsleistungen sind alle Klausuren der Übung für Anfangende im Bürgerlichen Recht, Öffentliches Recht und Strafrecht im zeitlichen Umfang von zwei Zeitstunden (§ 16 Abs. 2 Satz 1 und 3 der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 27. Oktober 2011). Mit der Abgabe einer Klausur im Rahmen einer Übung für Anfangende nimmt die/der Studierende zugleich an der Zwischenprüfung bezüglich desjenigen Fachgebiets teil, in dem die Übung stattfindet.
- (2) Die Zwischenprüfung ist bestanden, wenn die/der Teilnehmende aus allen drei Übungen für Anfangende (Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht, Strafrecht) jeweils zumindest eine mit "ausreichend" (4,0

Punkte) bewertete Klausur vorweisen kann. Das Recht zur Wiederholung von Zwischenprüfungsleistungen (§ 14 Abs. 1) bleibt unberührt.

- (3) Hat eine Studierende/ ein Studierender in einer der Zwischenprüfungsleistungen nicht wenigstens 4 Punkte erreicht, so ist diese Arbeit auf seinen Antrag durch einen von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden die Zweitkorrektur vornehmenden Person (§ 6 Abs. 3 Nummer 1 i. V. m. § 4 Abs. 1) zu bewerten. Der Antrag ist nur nach vorheriger Gegenvorstellung gemäß § 21 Abs. 1 der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 16. Mai 2012 zulässig. Er ist spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss der Überprüfung der Bewertung durch die/den Übungsleitende/n bei der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (§ 6 Abs. 1 Satz 5) schriftlich zu stellen und mit einer Begründung zu versehen. Die Zweitbewertung soll innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags erfolgen. Weicht die Zweitkorrektur um bis zu 2 Punkte von der Erstkorrektur ab, bestimmt sich die Bewertung der Klausur nach dem rechnerischen Mittel der Summe beider Bewertungen (Punktzahlen). Bei Abweichungen um mehr als zwei Punkte entscheidet ein von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmte/r dritte/r Prüfende/r durch Stichentscheid, der innerhalb von zwei Wochen zu ergehen hat und die Note auf eine der von den beiden anderen Prüfenden erteilten Punktzahlen oder eine dazwischenliegende Punktzahl festlegt.

## **§ 14**

### **Wiederholung der Zwischenprüfung**

- (1) Die Zwischenprüfung kann innerhalb eines Jahres nach Abschluss des ersten Prüfungsversuches einmal wiederholt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt sie als endgültig nicht bestanden. Eine zweite Wiederholungsprüfung kann nur auf Antrag der/des Studierenden zum nächsten möglichen Prüfungstermin durchgeführt werden. Der Antrag ist innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der ersten Wiederholungsprüfung beim Prüfungsausschuss zu stellen. Eine weitere Wiederholungsprüfung ist nicht zulässig.
- (2) Zeiten der Beurlaubung und einer durch Exmatrikulation nachgewiesenen Unterbrechung des Studiums werden bei der Berechnung der Frist für die Wiederholung der Zwischenprüfung nicht berücksichtigt.

- (3) Wird eine Frist zur Wiederholung der Zwischenprüfung (Absatz 1) aus Gründen überschritten, die die/der Studierende nicht zu vertreten hat, verlängert sich diese Frist um denjenigen Zeitraum, in dem der Grund für die Verhinderung der Teilnahme an der Zwischenprüfung bestanden hat. Dies gilt insbesondere auch für die Zeiten der Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und für die Fristen der Elternzeit. Der Hinderungsgrund ist dem Prüfungsausschuss unverzüglich anzuzeigen und auf dessen Verlangen glaubhaft zu machen.

## **§ 15**

### **Anerkennung auswärtiger Zeugnisse und Leistungen**

- (1) Das Bestehen der Zwischenprüfung an einer anderen Universität innerhalb des Geltungsbereiches des Deutschen Richtergesetzes wird anerkannt. Entsprechendes gilt für Prüfungsleistungen im Studiengang Rechtswissenschaft an einer anderen Universität innerhalb des Geltungsbereichs des Deutschen Richtergesetzes, sofern diese den Leistungen des § 13 Abs. 1 gleichwertig sind.
- (2) Leistungen, die nach § 18 Abs. 3 SächsJAPO anerkannt werden können, werden anerkannt, soweit sie den in § 13 Abs. 1 genannten Leistungen gleichwertig sind.
- (3) Das Zeugnis über ein abgeschlossenes Rechtsstudium an einer Universität außerhalb des Geltungsbereiches des Deutschen Richtergesetzes kann als Zwischenprüfungszeugnis anerkannt werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorliegen.

## **§ 16**

### **Zeugnis über die Zwischenprüfung**

Über das Bestehen der Zwischenprüfung wird von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters, in dem die Prüfung bestanden wurde, ein Zeugnis ausgestellt, das zur Fortsetzung der Ausbildung im Studiengang Rechtswissenschaft berechtigt. Das Zeugnis enthält neben dem Namen, dem Geburtsdatum, Geburtsort und der Matrikelnummer der/des Studierenden den Vermerk, dass die für die Zwischenprüfung erforderlichen Leistungen erbracht worden sind, und das Datum, an welchem die letzte Zwischenprüfungsleistung erbracht worden ist.

**§ 17**

**Rechtsbehelf bei Nichtbestehen**

- (1) Das Nichtbestehen der Zwischenprüfung ist der/dem Studierenden schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit Entscheidungsgründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (2) Gegen belastende Entscheidungen kann die/der Studierende innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch einlegen. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Juristenfakultät einzulegen.
- (3) Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss innerhalb einer Frist von drei Monaten.

**III. Besondere Bestimmungen  
für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung**

**§ 18**

**Wahl des Schwerpunktbereichs für die universitäre  
Schwerpunktbereichsprüfung**

- (1) Jede/r Studierende wählt für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung einen Schwerpunktbereich. Schwerpunktbereiche sind:
  1. Grundlagen des Rechts
  2. Staat und Verwaltung – Umwelt, Bauen, Wirtschaft
  3. Internationaler und europäischer Privatrechtsverkehr
  4. Europarecht – Völkerrecht – Menschenrechte
  5. Bank- und Kapitalmarktrecht
  6. Kriminalwissenschaften
  7. Medienrecht
  8. Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung
  9. Unternehmensrecht
  10. Arbeitsrecht
  11. Steuerrecht
- (2) Die Pflichtfächer der einzelnen Schwerpunktbereiche ergeben sich in Abgrenzung zu Katalog-Wahlfächern aus der Anlage 2 zur Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig.

## **§ 19**

### **Zweck und Form der universitären Schwerpunktbereichsprüfung**

- (1) Das Studium des Schwerpunktbereichs endet mit einer universitären Schwerpunktbereichsprüfung. Diese dient der Feststellung, dass die/der Studierende, über den Stoff des Pflichtstudiums hinaus, über wissenschaftlich vertiefte Rechtskenntnisse in den Fächern des von ihm gewählten Schwerpunktbereichs verfügt und diese auch in den interdisziplinären und internationalen Bezügen dieser Fächer anzuwenden versteht.
- (2) Prüfungsleistungen im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung sind eine wissenschaftliche Studienarbeit (§ 22) und eine Klausur (§ 23).

## **§ 20**

### **Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung**

- (1) Die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung erfolgt durch schriftlichen Antrag der/des Studierenden. Soll die erste Prüfungsleistung im Wintersemester abgelegt werden, muss der Antrag spätestens zum Ende der Vorlesungszeit des vorherigen Sommersemesters gestellt werden. Soll die erste Prüfungsleistung im Sommersemester abgelegt werden, muss der Antrag spätestens zum Ende der Vorlesungszeit des vorherigen Wintersemesters gestellt werden. Dem Antrag sind die in Absatz 2 genannten Nachweise beizufügen.
- (2) Die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung setzt neben dem Bestehen der Zwischenprüfung voraus:
  1. den Nachweis der Immatrikulation an der Juristenfakultät;
  2. die schriftliche Versicherung der/des Studierenden, dass der Anspruch auf Zulassung zur Prüfung nach Maßgabe des jeweils geltenden Landesrechts nicht durch das endgültige Nichtbestehen einer früheren Schwerpunktbereichsprüfung erloschen ist, die an einer anderen Universität im Geltungsbereich des Deutschen Richtergesetzes durchgeführt wurde;
  3. den Nachweis, dass die Abgabe der wissenschaftlichen Studienarbeit (§ 22) und die Teilnahme an der Klausur (§ 23) nicht vor Ablauf von zweieinhalb Studienjahren erfolgen wird;

4. den Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an den Übungen für Fortgeschrittene im Bürgerlichen Recht, im Strafrecht und im Öffentlichen Recht durch Vorlage der erteilten Übungsscheine, aus denen sich ergibt, dass in jeder der Übungen mindestens eine Klausur und eine Hausarbeit mindestens mit der Note "ausreichend (4 Punkte)" bestanden wurde;
  5. den Nachweis des Erwerbs fachspezifischer Kenntnisse in einer Fremdsprache gemäß § 18 Abs. 2 Satz 2 SächsJAPO durch Vorlage des Sprachzeugnisses "Unicert II" oder eines gleichwertigen Leistungsnachweises, der im Rahmen einer fremdsprachigen Vorlesung oder eines Seminars zu Gegenständen ausländischer Rechtsordnungen erworben wurde (§§ 13 Abs. 3, 14 Abs. 1 der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 16. Mai 2012;
  6. die erfolgreiche Teilnahme an mindestens einem rechtswissenschaftlichen Seminar des gewählten oder eines anderen Schwerpunktbereichs oder des Pflichtfachstudiums, die durch den Seminarschein nachgewiesen wird (Zulassungsseminar);
  7. die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen des gewählten Schwerpunktbereichs im Umfang von mindestens 14 SWS, die durch Belegungsbögen nachzuweisen ist. Hat die/der Studierende an gleichwertigen Lehrveranstaltungen einer anderen Hochschule teilgenommen, so wird die Teilnahme an diesen Lehrveranstaltungen anerkannt, wenn die/der Studierende diese glaubhaft macht.
- (3) Wird dem Antrag stattgegeben, wird dies der/dem Studierenden schriftlich bekannt gemacht.
- (4) Die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung ist zu versagen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 Nummer 1 bis 7 nicht vorliegen oder die staatliche Pflichtfachprüfung endgültig nicht bestanden ist. Die Versagung ist der/dem Studierenden schriftlich bekannt zu machen und zu begründen.

## **§ 21**

### **Prüfungsvorleistungen**

- (1) Prüfungsvorleistungen sind alle für die Zulassung zur universitären Schwerpunktbereichsprüfung vorausgesetzten Studienleistungen (§ 20 Abs. 2 Nummer 4 bis 6).

- (2) In den Übungen für Fortgeschrittene (§ 20 Abs. 2 Nummer 4) beträgt die Bearbeitungszeit für Hausarbeiten vier Wochen, für Klausuren drei Zeitstunden.
- (3) Wird der Nachweis fachspezifischer Fremdsprachenkenntnisse in Form einer Klausur erbracht (§ 20 Abs. 2 Nummer 5), so beträgt deren Bearbeitungszeit zwei Zeitstunden; wird er in Form eines mündlichen Vortrags erbracht, so soll dieser 30 Minuten umfassen.
- (4) Die Bearbeitungszeit für die Seminararbeit im Zulassungsseminar (§ 20 Abs. 2 Nummer 6) beträgt neun Wochen; die Vortragszeit 30 Minuten.
- (5) Prüfungsvorleistungen, die an einer anderen Universität innerhalb des Geltungsbereiches des Deutschen Richtergesetzes erbracht wurden, werden anerkannt, sofern diese den Leistungen des § 20 Abs. 2 Nummer 4 bis 6 gleichwertig sind.

## **§ 22**

### **Wissenschaftliche Studienarbeit**

- (1) Die wissenschaftliche Studienarbeit ist in Form einer schriftlichen Seminararbeit zu erbringen. Ihr Inhalt ist in einem mündlichen Vortrag im Rahmen eines Seminars vorzustellen und in einer anschließenden Diskussion zu verteidigen. Mit der Bekanntgabe der Seminarthemen sind von der/dem Seminarveranstaltenden auch die Anforderungen hinsichtlich des Umfangs der wissenschaftlichen Studienarbeit (Mindest- oder Höchstseitenzahl) und des mündlichen Vortrags (Mindest- oder Höchstdauer) festzulegen und bekanntzumachen. Der mündliche Vortrag soll 30 Minuten nicht überschreiten.
- (2) Die Bearbeitungszeit für die wissenschaftliche Studienarbeit beträgt acht Wochen. Die Frist kann von der/dem Seminarveranstaltenden auf Antrag einer/eines Studierenden verlängert werden, wenn die/der Studierende besondere Gründe darlegt, die eine solche Ausnahme im Einzelfall rechtfertigen können.
- (3) Wissenschaftliche Studienarbeiten werden von ordentlichen Professorinnen/Professoren der Juristenfakultät als der/dem Seminarveranstaltenden angeboten. Mitveranstaltende, die keine ordentlichen Professuren an der Juristenfakultät innehaben, sind möglich, gelten aber nicht als Veranstaltende im Sinne des Satzes 1. In Ausnahmefällen – insbesondere bei einer übermäßigen Nachfrage nach wissenschaftlichen Studienarbeiten in einem Schwerpunktbereich – können auch außer-

planmäßige Professorinnen/Professoren, Honorarprofessorinnen/Honorarprofessoren, Privatdozentinnen/Privatdozenten sowie promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter/innen der Juristenfakultät mit hinreichender Seminarerfahrung als Veranstaltende im Sinne des Satzes 1 wissenschaftliche Studienarbeiten anbieten.

- (4) Die Erbringung einer wissenschaftlichen Studienarbeit in einem Seminar ist ab dem sechsten Fachsemester und vor Erbringung der Schwerpunkt Klausur (§ 23) möglich.
- (5) Die/Der Seminarveranstaltende legt fest, zu welchem Schwerpunktbereich ein Thema für eine wissenschaftliche Studienarbeit gehört und zeigt dies der/dem jeweiligen Schwerpunktbereichs koordinierenden an. Eine Zuordnung eines Themas zu mehreren Schwerpunktbereichen ist möglich. Ebenso ist es möglich, alle wissenschaftlichen Studienarbeiten ausschließlich für einen Schwerpunktbereich anzubieten.
- (6) Die in einem Semester angebotenen Themen für wissenschaftliche Studienarbeiten werden den Studierenden spätestens zum Ende der Vorlesungszeit des vorherigen Semesters an geeigneter Stelle bekannt gemacht (etwa durch Aushang am Dekanat und Veröffentlichung auf der Internet-Seite der Fakultät). Die Bekanntgabe enthält eine Auflistung der Themen für wissenschaftliche Studienarbeiten und den Hinweis, welchen Schwerpunktbereichen die einzelnen Themen zugeordnet sind.
- (7) Bei Übernahme der wissenschaftlichen Studienarbeit ist der/dem Veranstaltenden des Seminars im Zusammenhang mit der Themenvergabe schriftlich anzuzeigen, dass diese Arbeit Prüfungsleistung sein soll. Diese Festlegung ist von der/dem Veranstaltenden des Seminars schriftlich zu vermerken und von der/dem Studierenden bei Abgabe der wissenschaftlichen Studienarbeit auf deren Deckblatt anzugeben.
- (8) Die wissenschaftliche Studienarbeit wird unter Berücksichtigung der mündlichen Leistung von zwei Prüfenden (§ 4) bewertet. Weichen deren Bewertungen voneinander ab, wird die Note der wissenschaftlichen Studienarbeit entsprechend dem arithmetischen Mittel der Punktzahlen der Erst- und Zweitbegutachtung gebildet.
- (9) Die wissenschaftliche Studienarbeit ist selbständig zu erstellen und eigenhändig zu unterschreiben.



**§ 23**

**Schwerpunktbereichsklausur**

- (1) Jeder Schwerpunktbereich bietet in jedem Semester eine Klausur an, die als Prüfungsleistung im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung erbracht wird.
- (2) Die Klausur umfasst den Stoff der Pflichtfächer im Umfang von sechs SWS. Sie kann Teilaufgaben zu mehreren Pflichtfächern enthalten oder sich thematisch auf Inhalte eines Pflichtfachs beschränken. Beschränkt sich die Klausur auf Inhalte eines oder zweier Pflichtfächer, darf dies den Studierenden nicht vorher bekannt gegeben werden. Soweit dogmatische Pflichtfächer Gegenstand der Klausur sind, ist der Klausur eine Falllösung zugrunde zulegen.
- (3) Die Bearbeitungszeit für eine Klausur beträgt vier Zeitstunden.
- (4) Die Teilnahme an einer Klausur ist nur nach vorheriger Anmeldung beim Prüfungsausschuss zulässig. Die Anmeldung hat – in Wintersemestern bis spätestens zum 15. Februar, in Sommersemestern bis spätestens zum 31. Juli – in dem Semester zu erfolgen, das dem Prüfungssemester vorhergeht, und ist verbindlich.
- (5) Die Termine für die Klausuren werden durch Aushang bekannt gegeben. Der Aushang erfolgt spätestens sechs Wochen vor dem jeweiligen Klausurtermin.
- (6) Die Klausur wird von zwei Prüfenden (§ 4) bewertet. Weichen deren Bewertungen um mehr als zwei Punkte voneinander ab, gilt § 13 Abs. 3 Satz 6 entsprechend. In allen anderen Fällen wird die Note der Klausur entsprechend dem arithmetischen Mittel der Punktzahlen der Erst- und Zweitbegutachtung gebildet.
- (7) Das Ergebnis der Klausur wird durch den Prüfungsausschuss in geeigneter Form bekannt gegeben. Der Termin für die Bekanntgabe wird zusammen mit der Ausgabe der Klausur bekannt gemacht.

## **§ 24**

### **Gesamtnote und Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung**

- (1) Die Gesamtnote der universitären Schwerpunktbereichsprüfung setzt sich aus den Noten der wissenschaftlichen Studienarbeit (§ 22) und der Klausur (§ 23) zusammen. Bei der Bildung der Gesamtnote wird die Note der wissenschaftlichen Studienarbeit mit zwei Dritteln, die der Klausur mit einem Drittel veranschlagt. Die Gesamtnote ist auf zwei Dezimalstellen zu runden.
- (2) Die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung ist bestanden, wenn die wissenschaftliche Studienarbeit mit mindestens "ausreichend (4,0 Punkte)" und die Klausur nicht mit "ungenügend (0 Punkte)" benotet wurde und die nach Absatz 1 gebildete Gesamtnote mindestens "ausreichend (4,0 Punkte)" beträgt.

## **§ 25**

### **Wiederholung von nicht bestandenen Prüfungsleistungen**

- (1) Schwerpunktklausuren (§ 22), die mit "mangelhaft" oder "ungenügend" bewertet wurden, dürfen grundsätzlich nur einmal, nichtbestandene wissenschaftliche Studienarbeiten (§ 23) zwei Mal wiederholt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen können auch nicht bestandene Klausuren zum nächstmöglichen Termin auf Antrag der/des Studierenden ein zweites Mal wiederholt werden. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Nichtbestehens der Klausur bei der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (§ 6 Abs. 1 Satz 5) zu stellen; § 14 Abs. 3 gilt entsprechend. Über die Zulassung zu einer zweiten Wiederholungsprüfung entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (2) Die Wiederholung von Prüfungsleistungen ist grundsätzlich nur binnen Jahresfrist zulässig. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Wiederholung von Prüfungsleistungen nur zulässig, wenn die/der Studierende die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat. Dies hat sie/er dem Prüfungsausschuss nach Möglichkeit vor Ablauf der Jahresfrist, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf dieser Frist unaufgefordert nachzuweisen. Wird der Nachweis erbracht, ist der/dem Studierenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Für die vorstehenden Fristen gilt § 14 Abs. 3 entsprechend.

## **§ 26**

### **Freiversuch und Wiederholung zur Notenverbesserung**

- (1) Erstmalig erbrachte Klausuren und wissenschaftliche Studienarbeiten im Rahmen der Schwerpunktbereichsprüfung sind Freiversuchsleistungen, wenn sie vor Ablauf der Regelstudienzeit von neun Semestern erbracht werden. Dabei wird jede Prüfungsleistung für sich betrachtet; es ist nicht Voraussetzung, dass die gesamte Prüfung im Freiversuch durchgeführt wird. Für die Frage der Anrechnung von Auslandssemestern, Tätigkeiten in der studentischen Selbstverwaltung sowie der Berücksichtigung von Erziehungs- und Krankheitszeiten oder ähnlichen Umständen, die zu einer Verlängerung der Frist für die Erbringung von Freiversuchsleistungen führen können, gilt § 29 SächsJAPO entsprechend.
- (2) Freiversuchsleistungen, die mit der Note "mangelhaft" oder "ungenügend" bewertet wurden, gelten als nicht unternommen, wenn sich die/der zu Prüfende für eine Wiederholungsprüfung anmeldet. Für den erneuten Versuch gelten die allgemeinen Fristen für die erstmalige Ablegung der Schwerpunktbereichsprüfung.
- (3) Bestandene Freiversuchsleistungen können zum Zweck der Notenverbesserung einmal wiederholt werden, jedoch nur bis zum Ablauf des übernächsten Semesters nach Bekanntgabe des Ergebnisses der zu wiederholenden Prüfungsleistung. Es ist eine erneute Anmeldung beim Prüfungsamt erforderlich. Die Anmeldung muss sieben Wochen vor dem Prüfungstermin erfolgen. Liegen zwischen der Bekanntgabe des Ergebnisses der Prüfungsleistung, die wiederholt werden soll, und dem gewünschten Wiederholungstermin weniger als sieben Wochen, so ist die Anmeldung unverzüglich vorzunehmen. Die/Der zu Prüfende entscheidet, welches der beiden Ergebnisse sie/er gelten lassen will. Sie/Er kann jederzeit auf die Durchführung des Verbesserungsversuchs verzichten.

## **§ 27**

### **Zeugnis über die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung**

Über das Bestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung wird von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters, in dem die Prüfung bestanden wurde, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält neben dem Namen, dem Geburtsdatum, dem Geburtsort und der

Matrikelnummer der/des Studierenden die Angabe des gewählten Schwerpunktbereichs, die Gesamtnote der universitären Schwerpunktbereichsprüfung (§ 24) und die Noten der Prüfungsleistungen (§§ 22 und 23). Darüber hinaus weist das Zeugnis das Datum der letzten Prüfungsleistung aus.

## **§ 28**

### **Rechtsbehelf bei Nichtbestehen**

Das Nichtbestehen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung ist der/dem Studierenden innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach dem Ende der Vorlesungszeit desjenigen Semesters, in dem die Prüfung nicht bestanden wurde, schriftlich mitzuteilen. Die Mitteilung ist mit Entscheidungsgründen und einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## **IV. Schlussbestimmungen**

## **§ 29**

### **Übergangsregelungen und Vertrauensschutz für Studierende**

- (1) Für Studierende, die erfolgreich einen Fristverlängerungsantrag gemäß § 59 Abs. 1 Satz 3 SächsJAPO gestellt haben, findet diese Ordnung keine Anwendung. Für diese Studierenden gelten weiterhin die Bestimmungen der Studienordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 30. Dezember 1996 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 40/1996) in der Fassung der Änderungssatzung vom 18. März 1998 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 9/1998), sowie die Übungs- und Seminarordnung zum Studiengang der Rechtswissenschaft an der Juristenfakultät der Universität Leipzig vom 30. Dezember 1996 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 40/1996) in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 16. Oktober 2000 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 29/2000).
- (2) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts im Zweig Theorie und Soziologie des Rechts gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:

1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts (§ 18 Abs. 1 Nummer 1) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts im Zweig Theorie und Soziologie des Rechts gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 anerkannt worden sind.
  2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts für den Zweig Theorie und Soziologie des Rechts gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts (§ 18 Abs. 1 Nummer 1) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
  3. Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich die Veranstaltungen Rechtsphilosophie I und Rechtsphilosophie II belegt haben, können beantragen, dass ihnen eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 gestellt wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Zweig Theorie und Soziologie des Rechts gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.
- (3) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts im Zweig Rechts- und Verfassungsgeschichte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts (§ 18 Abs. 1

- Nummer 1) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts im Zweig Rechts- und Verfassungsgeschichte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 anerkannt worden sind.
2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts für den Zweig Rechts- und Verfassungsgeschichte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts (§ 18 Abs. 1 Nummer 1) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
  3. Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich die Veranstaltungen Deutsche und europäische Rechtsgeschichte belegt haben, können beantragen, dass ihnen eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 gestellt wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Zweig Rechts- und Verfassungsgeschichte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.
- (4) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts im Zweig Kirchen- und Staatskirchenrecht gemäß § 18 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts (§ 18 Abs. 1 Nummer 1) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts im Zweig Kirchen- und Staatskirchenrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit

der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 anerkannt worden sind.

2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts für den Zweig Kirchen- und Staatskirchenrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Grundlagen des Rechts (§ 18 Abs. 1 Nummer 1) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
  3. Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich die Veranstaltungen Staatskirchenrecht und Verfassungsgeschichte belegt haben, können beantragen, dass ihnen eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 gestellt wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Zweig Kirchen- und Staatskirchenrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 1 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.
- (5) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Staats- und Kommunalverwaltung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 2 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Staat und Verwaltung – Umwelt, Bauen, Wirtschaft (§ 18 Abs. 1 Nummer 2) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Staats- und Kommunalverwaltung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 2 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.

2. Als Pflichtveranstaltungen, aus denen der Klausurstoff zu entnehmen ist (§ 23 Abs. 2 Satz 1), gelten auch die bis zum Wintersemester 2011/12 angebotenen Veranstaltungen Umweltrecht – allgemeiner Teil (anstatt Umweltrecht I), Vertiefung im Bau- und Fachplanungsrecht (anstatt: Bau- und Planungsrecht) und Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht (anstatt Öffentliches Wirtschaftsrecht).
3. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Staats- und Kommunalverwaltung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 2 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Staat und Verwaltung – Umwelt, Bauen, Wirtschaft (§ 18 Abs. 1 Nummer 1) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
- (6) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Internationales und Europäisches Recht im Zweig Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 3 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
  1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr (§ 18 Abs. 1 Nummer 3) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Internationales und Europäisches Recht im Zweig Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 3 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.
  2. Als Pflichtveranstaltungen, aus denen der Klausurstoff zu entnehmen ist (§ 23 Abs. 2 Satz 1), gelten auch die bis zum Wintersemester 2011/12 angebotenen Veranstaltungen IPR Familien-/



Erbrecht (mit AT), IPR Schuldrecht/ Sachenrecht (mit AT) und Europäisches Zivilprozessrecht.

3. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Internationales und Europäisches Recht für den Zweig Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 3 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Internationaler und Europäischer Privatrechtsverkehr (§ 18 Abs. 1 Nummer 3) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
- (7) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Internationales und Europäisches Recht im Zweig Europarecht, Völkerrecht, Menschenrechte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 3 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Europarecht – Völkerrecht – Menschenrechte (§ 18 Abs. 1 Nummer 4) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Internationales und Europäisches Recht im Zweig Europarecht, Völkerrecht, Menschenrechte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 3 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.
  2. Als Pflichtveranstaltungen, aus denen der Klausurstoff zu entnehmen ist (§ 23 Abs. 2 Satz 1), gelten auch die bis zum Wintersemester 2011/12 angebotenen Veranstaltungen Europarecht II, Völkerrecht und Internationale Organisationen und Verträge.
  3. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Internationales und Europäisches Recht für den Zweig Europarecht, Völkerrecht, Menschenrechte gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 3 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der

Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Europarecht – Völkerrecht – Menschenrechte (§ 18 Abs. 1 Nummer 4) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.

- (8) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Bank- und Kapitalmarktrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 4 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Bank- und Kapitalmarktrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 5) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Bank- und Kapitalmarktrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 4 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.
  2. Als Pflichtveranstaltungen, aus denen der Klausurstoff zu entnehmen ist (§ 23 Abs. 2 Satz 1), gelten auch die bis zum Wintersemester 2011/12 angebotenen Veranstaltungen Recht der Bankgeschäfte I, Recht der Bankgeschäfte II und Kapitalmarktrecht.
  3. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Bank- und Kapitalmarktrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 4 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Bank- und Kapitalmarktrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 5) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
- (9) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 5 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung

für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:

1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften (§ 18 Abs. 1 Nummer 6) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 5 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.

2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 5 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften (§ 18 Abs. 1 Nummer 6) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.

Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich alle Pflichtfächer aus Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften belegt haben, können beantragen, dass ihnen eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 gestellt wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Schwerpunktbereich Kriminalwissenschaften gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 5 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.

- (10) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2010/2011 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Medien- und Informationsrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 6 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:

1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Medienrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 7) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Medien- und Informationsrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 6 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktgebiete der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.
  2. Als Pflichtveranstaltungen, aus denen der Klausurstoff zu entnehmen ist (§ 23 Abs. 2 Satz 1), gelten auch die bis zum Wintersemester 2011/12 angebotenen Veranstaltungen Medienrecht I, Medienrecht II und Urheberrecht.
  3. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Medien- und Informationsrecht gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 6 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktgebiete der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Medienrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 7) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
- (11) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 7 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktgebiete der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung (§ 18 Abs. 1 Nummer 8) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 7 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktgebiete der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.

2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder nach §§ 19 Absatz 3, 24 der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 (mündliche Prüfung), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 7 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung (§ 18 Abs. 1 Nummer 8) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
  3. Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich alle Pflichtfächer aus Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 7 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 belegt haben, können beantragen, dass ihnen als Prüfungsleistung nach §§ 19 Abs. 3, 24 der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 eine mündliche Prüfung angeboten wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Schwerpunktbereich Rechtsberatung – Rechtsgestaltung – Rechtsdurchsetzung gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 7 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine mündliche Prüfung als Prüfungsleistung ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.
- (12) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern im Zweig Unternehmen gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Unternehmensrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 9)

auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunkt-bereich Unternehmen – Arbeit – Steuern im Zweig Unternehmen vor dem Wintersemester 2011/12 gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 anerkannt worden sind.

2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern für den Zweig Unternehmen gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Unternehmensrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 9) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
  3. Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich alle Pflichtfächer aus dem Zweig Unternehmen gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 belegt haben, können beantragen, dass ihnen eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 gestellt wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Zweig Unternehmen gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.
- (13) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern im Zweig Arbeit begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Arbeitsrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 10) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern im Zweig Arbeit gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der

Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.

2. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern für den Zweig Arbeit erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Arbeitsrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 10) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.
  3. Studierende, die vor dem Wintersemester 2011/12 nachweislich alle Pflichtfächer aus dem Zweig Arbeit gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 belegt haben, können beantragen, dass ihnen eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 gestellt wird, deren Stoff aus dem Pflichtfächerkatalog für den Zweig Arbeit gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 zu entnehmen ist. Das Antragsrecht kann letztmalig für eine Klausur als Prüfungsleistung nach § 23 ausgeübt werden, die im Sommersemester 2014 angeboten wird.
- (14) Für Studierende, die nachweislich vor dem Wintersemester 2011/2012 ihr Schwerpunktbereichsstudium im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern im Zweig Steuern gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 begonnen haben, gilt Folgendes:
1. Der Nachweis von belegten Lehrveranstaltungen im Umfang von mindestens 14 SWS gemäß § 20 Abs. 2 Nummer 7 kann für den Schwerpunktbereich Steuerrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 11) auch durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern im Zweig Steuern gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 vor dem Wintersemester 2011/12 anerkannt worden sind.

2. Als Pflichtveranstaltungen, aus denen der Klausurstoff zu entnehmen ist (§ 23 Abs. 2 Satz 1), gelten auch die bis zum Wintersemester 2011/12 angebotenen Veranstaltungen Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht I (anstatt Einkommensteuerrecht), Einkommenssteuerrecht- und Körperschaftssteuerrecht II: Besteuerung der Gesellschaften (anstatt: Unternehmenssteuerrecht I) und Allgemeines Steuerrecht I (anstatt Steuerverfahrensrecht).
3. Prüfungsleistungen nach § 22 (wissenschaftliche Studienarbeit) oder § 23 (Klausur), die vor dem Wintersemester 2011/12 im Schwerpunktbereich Unternehmen – Arbeit – Steuern für den Zweig Steuern gemäß § 18 Abs. 1 Nummer 8 in Verbindung mit der Anlage Prüfungsfächer der Schwerpunktbereiche der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 13. Juli 2007 erbracht worden sind, gelten als Prüfungsleistungen, die für den Schwerpunktbereich Steuerrecht (§ 18 Abs. 1 Nummer 11) erbracht worden sind. Die Fristen nach § 26 Abs. 2 und § 27 gelten entsprechend.

## **§ 30**

### **Inkrafttreten und Veröffentlichung**

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt am 1. Oktober 2011 in Kraft und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht. Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaften vom 13. Juli 2007 (Amtliche Bekanntmachung der Universität Leipzig Nr. 33, S. 1 bis 39 außer Kraft.
- (2) Die Prüfungsordnung wurde vom Fakultätsrat der Juristenfakultät am 18. Mai 2011 beschlossen. Der Senat der Universität Leipzig hat am 11. Oktober 2011 hierzu Stellung genommen. Sie wurde am 27. Oktober 2011 durch das Rektorat genehmigt. Die Anzeige beim Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst erfolgte mit Schreiben vom 24. November 2011. Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst hat innerhalb von vier Monaten nach Eingang der Anzeige keine Änderung verlangt.



- (3) Soweit Studierende vor dem Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung eine von ihr betroffene Prüfung nicht bestanden haben, ist diese nach den Regelungen der Prüfungsordnung in der bei Anmeldung zur Prüfung gültigen Fassung zu wiederholen.

Leipzig, den 16. Oktober 2012

Professorin Dr. med. Beate A. Schücking  
Rektorin